



Ein kleiner Schritt für den Steuerbetrüger, ein großer für die Stimmung im Land.

FOTO: SCHATZ

„Soziale Marktwirtschaft klingt zunehmend hohl“

BZ-INTERVIEW mit dem Wirtschaftsethiker Peter Ulrich über die Folgen der Liechtenstein-Affäre

ST. GALLEN (dpa). Vor dem Hintergrund der Liechtenstein-Steueraffäre sieht der Wirtschaftsethiker Peter Ulrich einen beschleunigten und massiven Ansehensverlust der Wirtschaftselite. Angesichts mangelnder Moral einiger Topmanager, sei zu befürchten, dass die soziale Marktwirtschaft in der Bundesrepublik großen Schaden nehme. „Soziale Marktwirtschaft, einst ein Gütesiegel der deutschen Wirtschaftsordnung, klingt in den Ohren einer breiten Bevölkerung zunehmend hohl“, sagte der Chef des Instituts für Wirtschaftsethik an der Universität St. Gallen in der Schweiz.

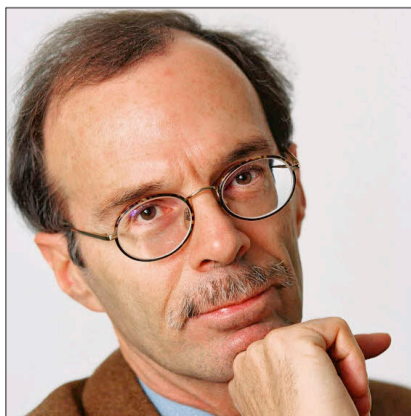
BZ: Wie sehen Sie die so genannte Liechtenstein-Affäre?

Ulrich: Eigentlich staune ich etwas darüber, wie erstaunt man sich über die neue Datenlage zeigt. Wer es wissen wollte, fand doch schon lange klare Indizien für das riesige Ausmaß der Steuerflucht aus Deutschland insbesondere nach Liechtenstein und in die Schweiz. Wie anders soll man sich sonst den dramatischen Schwund des Aufkommens aus den Einkommenssteuererklärungen in Deutschland seit etwa 1990 erklären? Obwohl die hohen und höchsten Einkommen die einzigen sind, die seither Jahr für Jahr markant zulegen, sank gleichzeitig der Anteil der erklärten Einkommenssteuern am Sozialprodukt ganz erheblich. Ganz gegenläufig nahm der Anteil der Lohnsteuer am Steueraufkommen trotz der real stagnierenden mittleren und unteren Einkommen zu. Nach gängigen Schätzungen von Fachleuten sind in den letzten 15 Jahren mehrere hundert Milliarden Euro aus Deutschland als sogenannte diskrete Geldanlagen in Steueroasen geflossen.

Das Fürstentum Liechtenstein hat daraus geradezu sein Geschäftsmodell gemacht. Neu aber ist, dass dies offenbar bis weit in die Führungskreise von Politik und Wirtschaft hinein jetzt kritischer bewertet wird.

BZ: Gibt es einen neuen Zeitgeist in den Chefetagen? Ist die aktuelle Managementgeneration nur noch auf Rendite aus und fühlt sich nicht mehr dem Gemeinwohl verpflichtet?

Ulrich: Der neoliberale Zeitgeist hat nun seit etwa 20 Jahren den Leuten das Credo der Gewinnmaximierung eingehämmert. Wenn nur jeder seinen eigenen Vorteil maximiere, so sorge die unsichtbare Hand des Marktes dafür, dass dies für alle gut sei. Diese Doktrin des Shareholder Value fungiert als ideologische Entlastung von moralischen Ansprüchen der Rücksichtnahme auf andere. Wer so tickt und Skrupel gegen knallharte Geschäftsmethoden im Umgang mit Mitarbeitenden, Lieferanten und öffentlicher Hand ablegt, der bringt Leistung und macht Karriere.



Peter Ulrich

FOTO: HERDER-VERLAG

BZ: Nimmt die soziale Marktwirtschaft in Deutschland durch das Verhalten einiger Spitzenleute Schaden?

Ulrich: Der schon lange schleichende und nun galoppierende Ansehensverlust der Wirtschaftselite ist massiv. Das Geschäftsgebaren mancher bekannter Großunternehmen, die einst eine hohe Reputation genossen, ist teilweise ebenso desillusionierend wie das persönliche Verhalten einiger ihrer Repräsentanten. Soziale Marktwirtschaft, einst ein Gütesiegel der deutschen Wirtschaftsordnung, klingt in den Ohren einer breiten Bevölkerung zunehmend hohl.

BZ: Könnte die aktuelle Debatte der politischen Linken Zulauf bringen?

Ulrich: Ja, das ist anzunehmen. Allerdings wäre es schade, wenn nur wieder mal das Pendel vom Pol des Marktradikalismus zu jenem des Sozialetatismus zurückschwingt. Beide diese konventionellen Alternativen sind gleich altmodisch und verbauen den Blick auf die Zukunft, nämlich auf die volle Entfaltung einer modernen Bürgergesellschaft, in deren Rahmen die Marktwirtschaft einzubetten ist. Das hat nichts mit Staatsinterventionismus zu tun, vielmehr geht es darum, die gesellschaftspolitischen Voraussetzungen zu schaffen, in deren Rahmen das Wirken der Marktkräfte und seine lebenspraktischen Folgen den Menschen zugemutet werden kann. Reale Freiheit hat in einer modernen Gesellschaft auch etwas mit Kaufkraft zu tun. Die gegenwärtig stattfindende, immer extremere Einkommens- und Vermögenskonzentration bei einem erstaunlich kleinen Prozentsatz der Bevölkerung verträgt sich nicht mehr sehr viel länger mit den Prinzipien einer civil society (Bürgergesellschaft).